

2385/AB XXI.GP  
Eingelangt am:04.07.2001

VIZEKANZLERIN

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Josef Cap, Dr. Peter Kostelka und GenossInnen haben am 4. März 2001 unter der Parlamentarische Anfrage 2399/J an mich eine schriftliche Parlamentarische Anfrage betreffend „Verwaltungsreform und EDV - Ausstattung der Ressorts“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1:

*Welche EDV - Systeme sind in Ihrem Ressort samt nachgeordneten Dienststellen mit Stichtag 1. Mai 2001 eingerichtet?*

Zu Frage 1:

Zum Stichtag 1. Mai 2001 sind im BMöLS Client - Serverarchitekturen eingerichtet. (Betrieben durch Bundeskanzleramt und Bundesrechenzentrum - UNIX - Windows NT)

Frage 2:

*Wie viele EDV - Arbeitsplätze gibt es in Ihrem Ressort bzw. wie viele Personen nutzen die EDV - Systeme Ihres Ressorts?*

Zu Frage 2:

Im BM für öffentliche Leistung und Sport gibt es 148 EDV - Arbeitsplätze. Praktisch alle Referenten nutzen EDV - Systeme.

Frage 3:

*Welche Firmen haben die Hardware im Detail aufgegliedert geliefert?*

Zu Frage 3:

Seit 1. April 2000, dem Datum der Ressortgründung, sind die Lieferfirmen des BM für öffentliche Leistung und Sport CCW und LexMark.

Frage 4:

*Welche Durchschnittskosten entstehen für die Anschaffung der Hardware pro Arbeitsplatz?*

Zu Frage 4:

Die durchschnittlichen Kosten pro Arbeitsplatz bewegen sich zwischen S 20.000,-- - 25.000,--.

Frage 5:

*Welche Software kommt zum Einsatz?*

Zu Frage 5:

Es kommen Windows NT, LNX, Office 2000, diverse Applikationen wie das Kanzleiinformationssystem, Personalinformationssystem, die Inventarverwaltung, Bibliotheksverwaltung sowie Programme zur Bearbeitung der Inter - und Intranet Homepage zum Einsatz.

Frage 6:

*Welche Durchschnittskosten entstehen für die Software pro Arbeitsplatz?*

Zu Frage 6:

Da die Software in den Gerätemieten enthalten ist, können die Durchschnittskosten pro Arbeitsplatz (BRZ und BKA) nicht dargestellt werden.

Frage 7:

*Welche Firmen sind für die Betreuung der Hardware zuständig und welche Kosten entstehen dafür im Jahr?*

Frage 8:

*Welche Firmen sind für die Betreuung der Software zuständig und welche Kosten entstehen dafür im Jahr?*

Zu den Fragen 7 bis 8:

Die Betreuung erfolgt durch das Bundesrechenzentrum und das Bundeskanzleramt mit einem Kostenaufwand von rund S 3 Mio. In diesem Betrag sind sowohl die Kosten für die Hard - als auch für die Software inkludiert.

Frage 9:

*Wie viele Planstellen sind in Ihrem Ressortbereich für die Betreuung der EDV eingesetzt?*

Frage 10:

*Wie sind die EDV - BetreuerInnen im Detail ein gestuft und welche Kosten entstehen dafür pro Budgetjahr?*

Zu den Fragen 9 bis 10:

Es sind keine Planstellen im Ressortbereich für die Betreuung der EDV eingesetzt.

Frage 11:

*Welche Ansätze werden für die Betreuung der EDV in Ihrem Ressortbereich als Sachaufwand veranschlagt, obwohl damit Personalkosten abgedeckt werden?*

Zu Frage 11:

Mit der BRZ GmbH wurde eine Firma mit Teilen der EDV - Betreuung beauftragt. Die anteiligen Personalkosten in den einzelnen Posten, wie zB die Wartung unterliegen der Kalkulation der Firma und sind dem Ressort nicht bekannt. Dem BKA, das ebenfalls ADV - Betreuungsaufgaben übernimmt, werden die Aufwendungen im Wege der Refundierung ersetzt. Hierbei handelt es sich um standardisierte Sätze. Der eventuelle Personalkostenanteil ist daraus nicht ersichtlich.

Frage 12:

*Ist die Gestaltung und Betreuung der Homepage ihres Ressorts in den EDV - Kosten enthalten?*

Frage 13:

*Welche Kosten würden Sie dafür veranschlagen?*

Zu den Fragen 12 bis 13:

Ja, die Gestaltung und Betreuung der Homepage ist in den EDV - Kosten enthalten. Laut den mir vorliegenden Informationen der zuständigen Beamten, sind dafür rund S 100.000,-- bis 200.000,-- per anno zu veranschlagen.

Frage 14:

*Welche Kosten entstehen darüber hinaus für externe Berater wie Werbefirmen, Programmierer, etc.?*

Zu Frage 14:

Das BM für öffentliche Leistung und Sport hat für diesen Bereich keine externen Berater herangezogen. Daher fallen diesbezüglich auch keine Kosten an.

Frage 15:

*Wie viele Zugriffe haben Sie im Jahr 2000 auf ihre Homepage gemessen?*

Zu Frage 15:

- www.bmols.gv.at:** 124.425 Hits bzw. 9.768 Anwendersitzungen (Betrieb ab 15. September 2000).
- www.help.gv.at:** Ca. 2,720.000 Hits im Jahr 2000. Im Jahr 2001 betragen die Hits bis Ende des Monats Mai bereits ca. 1,980.000.
- sport.austria.gv.at:** 86.000 Hits bzw. 5.200 Anwendersitzungen (Betrieb ab Juni/2000).
- www.vab.ac.at:** Internet - Site: 545.837 Zugriffe, Intranet - Site: 658.076 Zugriffe (die beiden Seiten Internet und Intranet sind identisch).

Dass die Homepage des BM für öffentliche Leistung und Sport dem Bedarf der Öffentlichkeit nach Informationen optimal gerecht wird, zeigt sich an den Zugriffszahlen etwa zum Bericht der Aufgabenreformkommission. Allein in den 2 letzten Märztagen (der Bericht wurde am 30. März 2001 der Öffentlichkeit vorgestellt) wurde der Aufgabenreformbericht über das Internet 3.066 mal abgerufen, im April sogar 39.362 mal. Dazu kommen noch die Aufrufe über das Bundesintranet in den beiden letzten Märztagen 300 mal und im April 2001 7.975 mal.

Frage 16:

*Ist die Akzeptanz der BürgerInnen abgetestet worden und wie stellt sie sich im Detail dar?*

Zu Frage 16:

- www.bmols.gv.at:** Eine feed - back - Möglichkeit existiert, wurde jedoch von den Anwenderinnen und Anwendern in nur geringem Ausmaß genutzt.
- www.help.gv.at:** Help.gv testet permanent mit Hilfe eines Fragebogens die Akzeptanz und Zufriedenheit mit dem Angebot von Help.gv. Neuere Auswertungen haben ergeben, dass Help.gv. 45% der Befragten helfen konnte und 37% teilweise helfen konnte. Damit ist die angestrebte 80% - ige Zufriedenheit der Help - Nutzerinnen und - Nutzer weitgehend gegeben. Ein Blick in das Gästebuch zeigt auch immer wieder zahlreiche positive und anerkennende Bewertungen.
- sport.austria.gv.at:** Rückmeldungen und down - load's durch User bescheinigen eine große Akzeptanz.

**www.vab.ac.at:** Es gibt eine feed - back - Möglichkeit mittels direktem mailing aus der Homepage auf einen elektronischen Postkorb der VAB. Die hereinkommenden Anfragen beziehen sich fast ausschließlich auf konkrete Anfragen zum Kursprogramm. Die Anzahl derartiger Anfragen zeigt eine steigende Tendenz.

Frage 17:

*Welche Verwaltungsvorgänge bieten Sie den BürgerInnen im Internet an?*

Frage 18:

Wie viele Verwaltungskontakte wurden im Jahr 2000 über Internet abgewickelt?

Zu den Fragen 17 und 18:

**www.bmols.gv.at:** Das BMöLS hat keine unmittelbar an Bürgerinnen und Bürger gerichtete Aufgabengebiete. Im Rahmen von Help.gv wurden mit 16. März 2001 die Meldeauskunft, Kommunalsteuer - Jahreserklärung und Hundeanmeldung freigeschaltet. Derzeit wird die Verlustmeldung (bei der Gemeinde) sowie die Veranstaltungsmeldung (Bezirkshauptmannschaft) umgesetzt und der Kreis der Partner - Behörden von 5 auf 10 erweitert.

**www.sport.austria.gv.at:** Das BMöLS/Sport hat keine unmittelbar an Bürgerinnen und Bürger gerichtete Aufgabengebiete.

**www.vab.ac.at:** Die Homepage der VAB (sowohl im Internet als auch im Intranet) enthält allgemeine Informationen über die VAB sowie das gesamte Jahresprogramm in Form einer Datenbank, die nach verschiedenen Kriterien abfragbar ist, wie zB Kursnummer, Kurstitel, Datum, Kursleiter(in), Vortragende(r). Darüber hinaus kann das Anmeldeformular online ausgefüllt und ausgedruckt werden. Die Anmeldung ist dann (gemäß Verwaltungsakademiegesetz) im Dienstweg an die VAB zu schicken. Eine elektronische Anmeldung auf direktem Wege ist derzeit noch nicht möglich. Es gibt ca. 1 - 3 konkrete Anfragen pro Tag per e - mail zum Kursprogramm. Von den etwa 10.000 Kursanmeldungen pro Jahr kommen laut Schätzung der VAB etwa 1.000 bis 1.500 pro Jahr auf Formularen, die aus dem Internet/Intranet ausgedruckt sind. Daraus ist zu ersehen, dass die Informationen über das Kursprogramm der VAB zu einem erheblichen Teil über das Internet/Intranet erfolgt.

Frage 19:

*Welchen Beitrag hat Ihr Ressort für [www.help.gv.at](http://www.help.gv.at) geleistet?*

Zu Frage 19:

Das BM für öffentliche Leistung und Sport ist seit 1. April 2000 für Help verantwortlich und finanziert auch diese Bürgerserviceplattform. Help.gv. garantiert aktuelles, rasches und richtiges Service und hält durch konsequente Fortentwicklung das Vorhaben am Laufen.

Allein im Jahr 2001 wurden 3 neue Angebote in Help realisiert. Seit Februar 2001 werden die Help - Formulare auch in nahezu 1000 Trafiken Österreichs angeboten. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, dass auch jene Bürgerinnen und Bürger, die selbst keinen Internetzugriff haben, das Angebot von Help nützen können. Seit 1.3.2001 werden in Help - business zusätzlich 30 neue Lebenssachverhalte für Unternehmerinnen und Unternehmer angeboten und seit Ende März 2001 werden mit mittlerweile 10 Partnerstädten und Gemeinden 3 Amtswege online angeboten. Auch hier gehen die Entwicklungen ständig weiter.

Frage 20:

*Welche Verwaltungsvorgänge planen Sie in Zukunft über Internet abzuwickeln?*

Zu Frage 20:

Es ist geplant, jene Vorgänge über Internet abzuwickeln, bei denen es Sinn macht. Ist das persönliche Erscheinen bei der Behörde erforderlich, wie beim Reisepass und beim Führerschein, ist eine online - Erledigung nicht zielführend. Hier wurden die konkreten Verfahren bereits beschleunigt. Hingegen ist etwa beim Antrag auf Strafregisterauskunft die online - Abwicklung geplant. Für dieses Verfahren ist jedoch eine sichere Signatur in Form der Bürgerkarte erforderlich. Verfahren mit geringeren Sicherheitsanforderungen, d.h. jene, die ohne gesicherte Signatur umsetzbar sind, wie etwa die Hundeanmeldung, werden laufend weiterentwickelt.

Bei der Verwaltungsakademie ist geplant, die Anmeldung für Kurse auch direkt über Internet zu ermöglichen.

Frage 21:

*Ist der elektronische Akt in Ihrem Ressortbereich realisiert?  
Wenn nein, warum nicht?*

Frage 22:

*Wenn ja, welche Kosten sind dafür entstanden?*

Frage 23:

*Wie viele und welche Planstellen konnten dafür eingespart werden?*

Frage 24:

*Gibt es in Ihrem Ressort noch herkömmliche Akte?  
Wenn ja, warum?*

Zu den Fragen 21 bis 24:

Derzeit ist der elektronische Akt noch nicht realisiert. Das BM für öffentliche Leistung und Sport befindet sich zur Zeit in der Übergangsphase. Der elektronische Akt wird nach Zusammenführung der ADV - Landschaft des BM für öffentliche Leistung und Sport eingeführt werden, wobei die Nutzung einer „Bundeslösung“ angestrebt wird. Die Planstelleneinsparungen können daher noch nicht abgeschätzt werden.

Frage 25:

*Was haben Sie bzw. Ihr Ressort seit Regierungsbildung dazu beigetragen, dass es zu einer Vereinheitlichung der EDV - Systeme des Bundes kommt?*



Zu Frage 25:

Am 6. Juni 2001 wurde der gemeinsam von mir und dem Herrn Bundeskanzler betreffend Neustrukturierung der IT - Strategie des Bundes eingebrachte Ministerratsvortrag von der Bundesregierung beschlossen.

Im Rahmen dieser Neustrukturierung wird zur Verbesserung der Koordination und Vereinheitlichung des Einsatzes der Informations - und Kommunikationstechnologie (IKT) in den ressortübergreifenden Belangen der Bundesverwaltung beim Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport eine entscheidungsfähige Struktur geschaffen, die das Erreichen der Ziele für einen möglichst optimalen ressortübergreifenden IKT - Einsatz - keine unterschiedlichen Ansätze und Lösungen für „gleiche Aufgaben“, kompatible Mailsysteme, einheitliche und durchgängige elektronische Adressierbarkeit, einheitlichen elektronischen Akt usw. - gewährleisten und gleichzeitig auch die Ressortinteressen einbinden und nach Möglichkeit berücksichtigen soll.

Beim BM für öffentliche Leistung und Sport wird daher bis zum 1. August 2001 das Informations - und Kommunikationstechnologie - Board (IKT - Board) für die Vorbereitung und Vorberatung von allgemeinen IKT - Angelegenheiten und der ressortübergreifenden IKT - Koordinationsaufgaben eingerichtet und die in diesem Bereich bestehenden IT - Gremien aufgelöst.

Hinsichtlich der Einführung des elektronischen Aktes in der Bundesverwaltung wurde vom BM für öffentliche Leistung und Sport der Fachausschuss für Kanzleiinformationssysteme und elektronische Aktensysteme im Rahmen der IT - Koordination beauftragt, ein Rahmenkonzept für den Einsatz des (bundesweit einsetzbaren) elektronischen Aktes (ELAKs) auf Basis des deutschen DOMEA - Konzeptes auszuarbeiten. Dieses Rahmenkonzept, das Mitte Juni 2001 fertiggestellt wurde, repräsentiert - gemäss Regierungsprogramm „Einsatz des elektronischen Aktes in der Bundesverwaltung“ - den empfohlenen Standard für die Einführung der elektronischen Aktenverwaltung für alle interessierten, österreichischen Verwaltungseinheiten und trägt damit zur Sicherstellung der

Interoperabilität der unterschiedlichen elektronischen Aktensysteme bei. Dadurch wird ein wesentlicher Schritt zur Vereinheitlichung der EDV - Systeme in der Bundesverwaltung gesetzt.

Der Anwendungsbereich des Rahmenkonzeptes umfasst alle Aktenbearbeitungstätigkeiten, vom Eingangstück in elektronischer oder papierener Form, die Aktenbearbeitung im engeren Sinn bis zur Erledigung und elektronischen Archivierung.

Im Rahmen der Neustrukturierung der IT - Strategie des Bundes wurde für die Realisierung des ELAKs im Interesse einer flächendeckenden einheitlichen Einführung des ELAKs in der Bundesverwaltung eine gemeinsame Vorgehensweise (gemeinsame Ausschreibung, Festlegung der Produktstrategie sowie erforderlicher Schnittstellen und Standards) beschlossen. Dem Projekt wird, ähnlich wie bei der einheitlichen Haushaltsverrechnung des Bundes, Querschnittscharakter zuerkannt.

Zur Vereinheitlichung der Informations - und Kommunikationstechnologie im Personalwesen hat die Bundesregierung auf meinen, gemeinsam mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen eingebrachten Vorschlag den Beschluss gefasst, die seit Jahrzehnten bestehenden und veralteten Verfahren Bundesbesoldung und Personalinformationssystem durch eine betriebswirtschaftliche Standardsoftware zu ersetzen (PM - SAP). Damit verbunden ist auch die Absicht, die bestehenden ergänzenden Insellösungen in einzelnen Bereichen des Bundes abzulösen.

Frage 26:

*Welche Kosteneinsparungen ergeben sich für ihr Ressort in Zukunft, wenn die EDV - Systeme des Bundes vereinheitlicht sind?*

Zu Frage 26:

Bei einer Vereinheitlichung der EDV - Systeme im Sinne einer Harmonisierung der Systemlandschaften und Beschränkung auf wenige, strategische Produkte sind folgende (geschätzte) Kosteneinsparungen möglich:

- Niedrigere Opportunitätskosten bei Prozessdesign und - analyse durch geringere interne Ressourcenbindung ca. 10 %
- Niedrigere Hardware - Kosten ca. 30 %
- Geringere Software - und Lizenzkosten ca. 50 %
- Sinkende Kosten für technische Implementierung und Customizing (Design & Build ca. 35 %
- Niedrigerer Aufwand bei Schnittstellenprogrammierung (zB Datenintegration SAP - Schnittstelle) ca. 70 %
- Geringere Integrationskosten in bestehende IT - Landschaft/Applikation ca. 20 %
- Sinkende Trainingskosten ca. 80 %
- Niedriger Post - Produktions - Support/Help Desk ca. 70 %
- Geringere Kosten bei Wartung und Release - Wechsel ca. 40 %
- Reduzierte Kosten bezüglich Prozessdefinition u. - optimierung ca. 15 %.

Im Bereich Personalwesen beinhaltet das Projekt PM - SAP ein monetäres Nutzenpotential für den gesamten Bund von ca. S 150 Mio. pro Jahr, das sich durch die Geschäftsprozessoptimierung einschließlich der Nutzung von Mitarbeiter - Selbstbedienungskomponenten ergibt. Von den S 150 Mio. Kosteneinsparungen entfallen auf mein Ressort durch den geringen Personal stand bescheidene ca. S 120.000,-- pro Jahr.

Frage 27:

*Werden in Zukunft Beschaffungsvorgänge im EDV - Sektor für alle Ressorts vereinheitlicht und gemeinsam durchgeführt?*

Zu Frage 27:

Mit der Errichtung der Bundesbeschaffungs - GmbH (BGBl I 39/2001), die die Wahrnehmung von Aufgaben auf dem Gebiet des Beschaffungswesens mit dem Ziel einer ökonomisch sinnvollen Volumens - und Bedarfsbündelung zur Optimierung der Einkaufsbedingungen des Bundes nach wirtschaftlichen und qualitativen Kriterien zum Unternehmensgegenstand hat, sollen auch die Beschaffungsvorgänge im EDV - Sektor vereinheitlicht werden.

Damit sollen Einsparungen bei den Beschaffungskosten durch ressortübergreifende Bedarfsbündelung sowie durch Reduzierung des Verwaltungsaufwandes im Beschaffungswesen (Prozesskostenreduktion) erreicht werden.

Das BB - GmbH - Gesetz ist am 28. April 2001 in Kraft getreten.

Frage 28:

*Welche Kosteneinsparungen ergeben sich dafür für Ihren Ressortbereich?*

Frage 29:

*Wie viele Planstellen können Sie dadurch einsparen?*

Zu den Fragen 28 bis 29:

Die daraus entstehenden Kosten - und Planstelleneinsparungen sind derzeit nicht abschätzbar.